Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2186

13. 10. 78

Fragen

**für die Fragestunde
der Sitzungen des Deutschen Bundestages**

**am Mittwoch, dem 18. Oktober 1978
am Donnerstag, dem 19. Oktober 1978**

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . 2, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . 2, 14 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . 3, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz 4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . 4, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . 6, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . 7, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 7, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . . . 8, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . 9, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . 10, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . 11, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 13, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 13, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . 31 *)

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß mit Hilfe versteckter Tonbänder Besucher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin kontrolliert werden?

2. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls gegen eine derartige Schnüffelpraxis zu unternehmen?

3. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gemeinsam mit dem Bundesverfassungsgericht eine Dokumentation des Verfahrens und der Materialien zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Mai 1977 zu den Grenzen des Notbewilligungsrechts bei der Zulassung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu veröffentlichen und damit auch in diesem Fall dem im Vorwort zur Dokumentation über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 (zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern) wiedergegebenen Grundsatz Rechnung zu tragen, zu bedeutsamen Urteilen des höchsten deutschen Gerichts derartige Publikationen vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung, wie vom Bundeskanzler in der Haushaltsdebatte zugesagt, zwischenzeitlich Verhandlungen mit den zuständigen Alliierten und den betroffenen Fluggesellschaften aufgenommen, und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis?

5. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wurde der Senat von Berlin vor Veröffentlichung seines Regelungsvorschlags durch die Bundesregierung von dem Stand der Gespräche mit den Alliierten unterrichtet?

6. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Trifft es zu, daß entgegen den Erklärungen der Bundesregierung, es gebe keine nukleare Zusammenarbeit mit der Republik Südafrika, sechs deutsche Atomwissenschaftler auf Kosten der Deutschen Forschungsgemeinschaft Anfang dieses Monats in die Republik Südafrika geschickt worden sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

7. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche neuen Sofortmaßnahmen zur humanitären und Katastrophenhilfe im Sinne der entsprechenden Richtlinien hat die Bundesregierung zugunsten der aufs schwerste betroffenen Teile der zivilen christlichen Bevölkerung im Libanon im Zusammenhang mit der dramatischen Zuspitzung der Notlage ergriffen?

8. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, gegen die nach unserer Rechtsauffassung widerrechtliche Verurteilung eines deutschen Fischers durch ein polnisches Gericht, weil er südlich von Bornholm gefischt hat, Verwahrung und Protest einzulegen?

9. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

In welcher Weise hat die Bundesregierung ihre Schutzpflicht angesichts der Verurteilung eines deutschen Fischers wegen Fischens südlich von Bornholm zu einem Jahr Gefängnis und einer hohen Geldstrafe durch ein Gericht in Kolberg wahrgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der zwischenzeitlich vom Bremer Bürgermeister Koschnik bekräftigte Äußerung des Hamburger Bürgermeisters Klose, der sogenannte Radikalenerlaß sei fortan für ihn nicht mehr existent, und wer als DKP-Funktionär in den letzten Jahren in Hamburg nicht Lehrer werden durfte, der könne sich jetzt mit Aussicht auf Erfolg erneut bewerben, einen Anlaß, in Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen Pflicht aus Artikel 84 Abs. 3 und 4 des Grundgesetzes tätig zu werden, und wenn nein, warum nicht?

11. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Gedenkt der Bundeskanzler, im Bereich des Bundes denselben oder sinngemäß ähnlichen Grundsätzen Geltung zu verschaffen?

12. Abgeordneter **Bühling** (SPD)

Werden die Beamten, die nach dem Wegfall des Widerspruchs im Asylverfahren durch das Gesetz vom 25. Juli 1978 von ihrer bisherigen Aufgabe freigestellt worden sind, nunmehr zur beschleunigten Erledigung der Asylanträge in der verbliebenen einzigen Verwaltungsinstanz eingesetzt?

13. Abgeordneter **Bühling** (SPD)

Wenn das nicht der Fall ist, wann ist mit der entsprechenden Umsetzung dieser Beamten zu rechnen?

14. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch eine Bestimmung des Haushaltsstrukturgesetzes, nach der Ehefrauen von noch als Beamte tätigen Schwerkriegsbeschädigten von der Beihilfe des Bundes im Krankheitsfall ausgeschlossen wurden und dem Bundesversorgungsgesetz zugewiesen sind, diese Ehefrauen erhebliche Nachteile in Kauf nehmen müssen, und wie begründet sie dies?

15. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, diese Bestimmung des Haushaltsstrukturgesetzes wieder rückgängig zu machen?

16. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die bei nächstmöglicher Gelgenheit herbeizuführende Ergänzung der Vorschriften über die Weitergabe personenbezogener Daten aus dem Sozialversicherungsbereich durch eine Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes anzustreben, und falls ja, wird sie eine besondere Regelung für bestimmte, besonders empfindliche personenbezogene Daten vorschlagen?

17. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Welche Kriterien hält die Bundesregierung für erforderlich, um das Rekritikalitätsproblem beim Schnellen Brüter als beherrschbar oder akzeptabel anzunehmen, und inwieweit wird der geplante Schnelle Brüter in Kalkar diesen Kriterien gerecht?

18. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Juni aufgedeckten sicherheitsgefährdenden Praktiken im Kernkraftwerk (KKW) Brunsbüttel und die Möglichkeit ähnlicher Vorkommnisse in anderen Kernkraftwerken?

19. Abgeordneter **Marschall** (SPD)

Welche Konsequenzen sind aus dem Fehlverhalten nahezu aller Beteiligten im KKW Brunsbüttel gezogen worden, und auf welche Weise können ähnliche Sicherheitsgefährdungen in Zukunft verhindert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

20. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Welche Schwerpunkte hat die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zur EG-Vereinbarung der Produzentenhaftung gesetzt, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Beratung im Deutschen Bundestag?

21. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach noch 1978 mit der Auslieferung der Spionin Christel Guillaume an ihre Auftraggeber zu rechnen ist?

22. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf die ausstehenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, auf die Festlegung der Grenzen seiner Kompetenz und auf die verbindliche Auslegung des Grundgesetzes sowie der ihm zugrundeliegenden objektiven Wertordnung durch dieses oberste Verfassungsorgan Einfluß zu nehmen?

23. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine rechtliche Möglichkeit zu unterbinden, daß die Erben ehemaliger Nazi-Größen aus deren schriftlicher Hinterlassenschaft Tantiemen in Millionenhöhe erzielen und damit gleichzeitig die wissenschaftliche Auswertung behindern, während die Opfer dieser Nazi-Größen nur unzureichend entschädigt werden konnten, und wenn nein, ist sie bereit, eine entsprechende Gesetzesinitiative zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

24. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die bundeseigene „Weißenhofsiedlung" in Stuttgart ihrer weltweiten Bedeutung als Architekturdenkmal entsprechend zu modernisieren und zu restaurieren, und hat sie die dazu notwendigen Mittel in Höhe von 2,14 Millionen DM im Bundeshaushalt 1979 vorgesehen?

25. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. (VdRBw) 1978 aus Haushaltsmitteln des Bundes einen Zuschuß von rund 13,8 Millionen DM erhält, während die Mitglieder des Verbands an Eigenleistung (Beiträgen) nur 1,1 Millionen DM erbringen, und wie ist das Verhältnis von Eigenleistungen und öffentlichen Mitteln bei anderen Zuwendungsempfängern des Bundes?

26. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs, um die zurückgegangene Anzahl von Paket- bzw. Päckchensendungen aus der Bundesrepublik Deutschland an Bewohner der DDR wieder zu erhöhen?

27. Abgeordneter **Eickmeyer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, einen größeren steuerlichen Anreiz für Paket- bzw. Päckchensendungen in die DDR zu schaffen, indem sie den Steuerfreibetrag von bis jetzt 30 DM für Pakete und 20 DM für Päckchen den gestiegenen Lebenshaltungskosten anpaßt und entsprechend erhöht?

28. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Was begründet nach Auffassung der Bundesregierung heute noch wirtschaftspolitisch die Möglichkeit, über § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes Veräußerungsgewinne steuerfrei z. B. in den USA anzulegen, nachdem derartige Kapitalanlagen schon allein wegen des sinkenden Dollarkurses attraktiv sind?

29. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist die Bundesregierung unter diesen Gesichtspunkten bereit, eine Änderung des § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes zu prüfen?

30. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, entsprechend den Erklärungen von Bundesfinanzminister Matthöfer schon kurzfristig die Kraftfahrzeugsteuer abzuschaffen und auf die Mineralölsteuer umzulegen?

31. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Welche Steuermindereinnahmen im Vergleich zur Zeit geltenden Rechtslage wären bei Einführung des sogenannten Familiensplittings bei Anwendung des Faktors 1 und bei Anwendung des Faktors 1/2 je Kind zu erwarten, und welche steuervereinfachenden Wirkungen wären von der Einführung des Familiensplittings zu erwarten?

32. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß nach geltendem Recht Steuerpflichtige, die andere Einkünfte als aus nichtselbständiger Tätigkeit haben, in der Lage sind, steuerpflichtige Einkünfte auf Kinder zu verlagern, und in wieviel Fällen geschieht dies?

33. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welches ist das Ziel der von der Regierung ins Auge gefaßten „Strukturverbesserung" bei den landwirtschaftlichen Brennereien?

34. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Schwächt die Bundesregierung durch die angestrebte Verschlechterung der vorgesehenen Änderung des Branntweinmonopolgesetzes die Position der deutschen landwirtschaftlichen Brennereien unmittelbar vor den Verhandlungen über eine Agraralkoholmarktordnung der EG, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

35. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Wird die Bundesregierung die Schwierigkeiten des Kartellamts bei der Mißbrauchsaufsicht der unverbindlichen Preisempfehlung in der Möbelindustrie zum Anlaß nehmen, die Frage des Verbots der unverbindlichen Preisempfehlung im Rahmen der Kartellgesetznovelle erneut zu prüfen, und wird sie dabei die Ansicht des Möbelhandels berücksichtigen, der nach seinen Angaben auch ohne Preisempfehlungen seine Kalkulationen durchführen kann?

36. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in der gesetzlich vorgeschriebenen Kraftfahrhaftpflichtversicherung – zum besseren Schutz der Verkehrsopfer und im Interesse der Versicherungspflichtigen an einem ausreichenden Versicherungsschutz – künftig unbegrenzte Deckungen im Angebot der Kraftfahrzeugversicherer zuzulassen, und ist der Bundesregierung bekannt, daß ein Versicherungsunternehmen bereits am 10. Dezember 1976 einen Antrag auf Genehmigung unbegrenzter Deckungen in der Kraftfahrhaftpflichtversicherung beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen gestellt hat und über diesen Antrag bis heute – ohne sachliche Begründung – nicht entschieden wurde?

37. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung in diesem Zusammenhang bekannt, daß unbegrenzte Deckungen in der Kraftfahrhaftpflichtversicherung bereits in den europäischen Ländern Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Norwegen, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Zypern entweder gesetzlich vorgeschrieben sind oder von den Versicherern angeboten werden und darüber hinaus in einer Vielzahl außereuropäischer Länder (z. B. Australien, Neuseeland, Israel, Japan und Südafrika) dieser Versicherungsschutz Praxis ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

38. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Verordnung über allgemeine Tarife für die Versorgung mit Elektrizität (Bundestarifverordnung Elektrizität) vom 26. November 1971 und ihre gesetzlichen Grundlagen noch für zeitgemäß, oder ist angesichts verschiedener Konfliktsituationen zwischen Verbrauchern und Versorgungsunternehmen – wie sie jüngst in Bergisch Gladbach zu einer „Verdunkelungsaktion" geführt haben – an eine Neufassung gedacht?

39. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage der neuen amerikanischen, vom CIA in Zusammenarbeit mit der Rand Corporation veröffentlichten Studie zum Welterdölvorrat, daß die bekannten Erdölreserven etwa zwei- bis dreimal so lange reichen werden wie bisher allgemein angenommen worden ist, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

40. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Von welchen Zahlen geht sie bei der Abschätzung der Welterdölvorräte und dem zu erwartenden Verbrauch für ihre politischen Vorstellungen gegenwärtig aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

41. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Was will die Bundesregierung gegen die Entwicklung in der europäischen Milchpolitik unternehmen, die den Steuerzahler der Europäischen Gemeinschaft inzwischen eine Million DM stündlich oder ca. 10 Milliarden DM jährlich kostet?

42. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)

Wieviel ist für die letzte Abschlachtaktion von der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Bundesrepublik Deutschland aufgewendet worden, und wie beurteilt die Bundesregierung den Erfolg dieser Maßnahme?

43. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU)

Treffen nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung Informationen zu, nach denen die niederländische Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Investitionszuschüsse in Höhe von 27 bis 47 v. H. auch für Investitionen der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft gewährt, und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls hierin einen Zusammenhang zu der überdurchschnittlichen Ausweitung sowohl der niederländischen Eier- und Geflügelproduktion als auch der Milchproduktion?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

44. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Wie hat sich durch die Einführung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung die durchschnittliche Rentenbezugsdauer seit 1972 verändert?

45. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche finanziellen Mehrbelastungen sind durch die Einführung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung bisher bei den Rentenversicherungsträgern eingetreten, und wie schätzt die Bundesregierung die finanziellen Mehrbelastungen für die Dauer der nächsten 15 Jahre ein?

46. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wie hoch für 1976, 1977 und das erste Halbjahr 1978 die Arbeitslosenzahl und die Arbeitslosenquote wäre, wenn die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten sowie die in Umschulungs-, Fortbildungs- und ähnlichen Einrichtungen befindlichen Personen mit zu der Zahl der Arbeitslosen hinzugezählt würden?

47. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Ist nach der Auffassung der Bundesregierung der Dienstblatt-Runderlaß Nr. 230/78 vom 8. August 1978 der Bundesanstalt für Arbeit mit den Zumutbarkeitskriterien nach § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes vereinbar, und ist die Bundesregierung bereit, sich im Wege der Rechtsaufsicht dafür einzusetzen, eine Korrektur des Erlasses herbeizuführen?

48.	Abgeordneter **Lutz** (SPD)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Dienstblatt-Runderlaß Nr. 230/78 vom 8. August 1978 der Bundesanstalt für Arbeit einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen des Arbeitslosen auf weitgehende Berücksichtigung seiner sozialen und beruflichen Verhältnisse und Vorstellungen und den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen herbeizuführen geeignet ist, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?
49.	Abgeordneter **Augstein** (SPD)	Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die anhaltend ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt für Teilzeitarbeit zu verbessern?
50.	Abgeordneter **Augstein** (SPD)	Werden Subventionierung, steuerliche Erleichterungen oder sonstige Maßnahmen erwogen, um die bislang noch sehr zögerliche Haltung der Arbeitgeber zur Teilzeitarbeit zu überwinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

51.	Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)	Trifft es zu, daß Offiziere der Laufbahn des militärfachlichen Dienstes in einigen Ausbildungsreihen unverhältnismäßig günstige Aufstiegsmöglichkeiten zum Hauptmann haben, während es in einigen anderen nur sehr geringe oder gar keine gibt?
52.	Abgeordneter **Pawelczyk** (SPD)	Welche Maßnahmen will die Bundesregierung gegebenenfalls einleiten, um diesen unbefriedigenden Zustand zu beseitigen?
53.	Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, wonach sich die Inbetriebnahme des Mehrzweckkampfflugzeuges MRCA „Tornado" durch technische Probleme mit den Triebwerkschaufeln um ein halbes Jahr verzögert, und was bedeutet diese Verzögerung gegebenenfalls vor allem für die Präsenz der Bundesmarine?
54.	Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)	Was gedenkt das Bundesverteidigungsministerium zu tun, um ähnliche Pannen in Zukunft zu verhindern, und wie wird die Zeit bis zur Auslieferung des Kampfflugzeugs „Tornado" überbrückt?
55.	Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Ist es – wie in der Zeitschrift „Der Spiegel" Nr. 41/78 (Nach oben manipuliert") dargelegt – zu einer Verstimmung zwischen höchsten NATO-Dienststellen bzw. General Haig und dem Bundesverteidigungsminister, Hans Apel, gekommen, und wenn nein, wie gedenkt der Bundesverteidigungsminister den aus seinem Haus gegenüber der Öffentlichkeit geäußerten Zweifeln an der Zweckmäßigkeit größerer Manöver entgegenzutreten?
56.	Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß – wie in der schweizer Militärzeitschrift ASMZ gemeldet – die „Nationale Volksarmee der DDR" mit Waffen für den Gaskrieg ausgerüstet wird, daß Divisionsstäbe in der DDR dabei sind, ABC-Kampfformationen jeweils in Bataillonsstärke aufzubauen, und daß die chemischen und biologischen Kampfstoffe oder ABC-Waffen aus russischen Rohrraketenwerfern BM 21 verschossen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

57. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Bedenken namhafter Hamburger Ärzte und des Deutschen Roten Kreuzes gegen die Anwendung der ADAC-Atemmaske durch ungeübte Laien, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

58. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche und wieviel der zu den sogenannten Jugendreligionen zu zählenden Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland den Status eines gemeinnützigen eingetragenen Vereins haben?

59. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Gibt es für die Bundesregierung Anhaltspunkte, ob die als Jugendreligionen bezeichneten Sektengemeinschaften mehrheitlich sich nicht darauf beschränken, religiös-ideologischen Zielen zu dienen, sondern zum Teil konkrete politische Ziele verfolgen, und gibt es Erkenntnisse darüber, welche Ziele dies sind?

60. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, die Ärzte zur Führung eines Medikamentenpasses bei schwangeren Frauen zu verpflichten?

61. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, mißgebildete Neugeborene in einer zentralen Datenbank, z. B. eventuell beim Bundesgesundheitsamt, zusammen mit dem Medikamentenpaß der Mutter zu erfassen und so bei Verdacht auf Schädlichkeit eines Medikaments eine schnelle Warnung zu erhalten, bevor eine große Anzahl von mißgebildeten Neugeborenen auf die Schädlichkeit eines Medikaments aufmerksam macht?

62. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Wer ist nach Auffassung der Bundesregierung Kostenträger der in Artikel 2 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes geregelten Leistung der „Nachentrichtung von Rentenversicherungsbeiträgen für Pflegepersonen", und ist diese Leistung nach der Auffassung der Bundesregierung eine typische Sozialhilfeleistung,und ist die Bundesregierung bereit, die in der praktischen Handhabung des Gesetzes aufgetretenen Rechtsunsicherheiten zu beseitigen?

63. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Veröffentlichungen in der Fachliteratur sowie entsprechende Tatsachen bekannt, wonach das Schering-Arzneimittel Duogynon die Geburt mißgebildeter Kinder verursacht haben soll, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung gegebenenfalls in dieser Hinsicht unternommen?

64. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es für angebracht, ein zentrales Erfassungsbüro für Arzneimittelgeschädigte einzurichten, um rechtzeitig über Formen angeborener Mißbildungen aufzuklären?

65. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der sozialen, gesellschaftlichen und rechtlichen Lage der Väter und Mütter, die sich ganz der Erziehungsaufgabe in der Familie widmen, eine Benachteiligung, und wenn ja, wie will sie diese Benachteiligung beseitigen?

66.	Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)	Wie will die Bundesregierung erreichen, daß junge Ehepaare gleiche Startchancen erhalten, wäre hier die bundeseinheitliche Einführung von Familien- und Familiengründungsdarlehen, wie sie überwiegend von den CDU und CSU-geführten Ländern gewährt werden, ein Weg?
67.	Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Worauf stützt sich die Erklärung der Bundesregierung (Antwort von Staatssekretär Dr. Wolters vom 22. August 1978 auf meine parlamentarische Anfrage), die unter Verwendung von Bundesmitteln zu den kommunistischen Weltjugendfestspielen in Havanna gereisten „demokratische Jugendverbände" hätten die militärische Invasion Kubas in Afrika „verurteilt", in Anbetracht von Presseberichten, wonach linke Gruppen aus der Bundesrepublik Deutschland dem Schlußdokument in Kuba zugestimmt haben, das die Interventionen Kubas in Afrika begrüßt, und wonach der stellvertretende Juso-Vorsitzende Pape nach Rückkehr aus Kuba diese Haltung bekräftigt hat?
68.	Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Ist bei dem Beschluß der Bundesregierung zur Erhöhung des Kindergelds bedacht worden, daß bei Empfängern von Sozialhilfe, BAföG und Wohngeld eine entsprechende Kürzung dieser Sozialleistungen erfolgt, und inwieweit hat die Bundesregierung diese Kürzungseffekte in ihrer Finanzplanung berücksichtigt?
69.	Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß auch einkommensschwachen und kinderreichen Familien, die diese Sozialleistungen beziehen, die Erhöhung des Kindergelds voll zugutekommt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

70.	Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die Straßenverkehrszulassung so zu ändern, daß auf zwei Sitzplätze für Erwachsene in Bussen nicht mehr drei Schüler angerechnet werden, damit jedem Schüler ein Sitzplatz zur Verfügung steht?
71.	Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)	Weshalb wurde der Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages erst jetzt über die Einrichtung des Regionaleilzugsystems unterrichtet, nachdem bereits zahlreiche Bahnhöfe durch die Einführung des Regionaleilzugsystems geschlossen wurden?
72.	Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung in der Lage, die dringend erforderliche Neuregelung der Subventionen für den Flugverkehr von und nach Berlin rechtzeitig zu den Beratungen des Bundeshaushalts 1979 vorzulegen?
73.	Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesverkehrsministers Gscheidle, daß die Regelung der Flugpreissubventionen im Berlin-Verkehr deshalb nicht dringlich erforderlich sei, weil der Anteil im Flugverkehr auf den Berlin-Routen im Verhältnis zum Verkehr zu Lande um 12 v. H. höher liegt, als der Anteil des innerdeutschen Flugverkehrs im übrigen Bundesgebiet?

74. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Sind die veröffentlichten Vorschläge des Senats von Berlin hinsichtlich der Flugpreissubventionen mit der Bundesregierung in irgendeiner Form abgestimmt, und teilt sie diese?

75. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der CDU/CSU, wie sie aus ihren Vorschlägen für die Gesprächsrunde der Parteivorsitzenden beim Herrn Bundespräsidenten zum Ausdruck kommt, daß die Subventionen im Interesse eines leistungsfähigen Berlin-Flugverkehrs unverzüglich, unbürokratisch sowie im Zusammenhang mit einem besseren Flugangebot und Service auf der Grundlage einer Preisgestaltung erfolgen muß, die sich an dem Fahrpreis der Bahn zuzüglich eines Aufschlags von 50 v. H. orientiert?

76. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen werden seitens der Deutschen Bundesbahn ergriffen, daß die Tarife der von der Deutschen Bundesbahn im Verkehrsverbund betriebenen S-Bahn zwischen Plochingen, Esslingen und Stuttgart kinder- und familienfreundlicher gestaltet werden (Wiedereinführung von Ermäßigungen für kinderreiche Familien), und gibt es darüberhinaus Überlegungen, daß gerade auch ältere Mitbürger – wie das vor Einführung des S-Bahnverkehrs möglich war – wieder durch einen „Seniorentarif" preisermäßigt aus dem Landkreis Esslingen nach Stuttgart mit dem Zug fahren können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

77. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Fällt das erst kürzlich verabschiedete Baustatistikgesetz unter die Gesetze in bezug auf Statistiken, die die Bundesregierung im Rahmen der Entbürokratisierung durchforsten will?

78. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Wenn die Bundesregierung an dem kürzlich beschlossenen Baustatistikgesetz festhält, weshalb ist dann vorgesehen, daß in der Volkszählung 1981 noch einmal dieselben Fragen in punkto Wohnraumausstattung und Wohnraumnutzung gestellt werden?

79. Abgeordneter **Russe** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen bzw. zu unterstützen, die den Erwerb von familiengerechten Wohnungen durch Familien mit Kindern fördern?

80. Abgeordneter **Russe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang gewillt, eine Anregung des Verbands der privaten Bausparkassen aufzugreifen, eine Novellierung des Kindergeldgesetzes mit der Maßgabe anzustreben, eine Kapitalisierung des Kindergelds mit der Zweckbindung Erwerb einer familiengerechten Wohnung zu ermöglichen?

81. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Welchen Inhalt haben die auf dem 14. Königssteiner Gespräch am 28. September 1978 von Wohnungsbauminister Dr. Haack genannten und „von ihm gewünschten gesetzlichen Maßnahmen gegen die Bodenpreissteigerung" (Fragestunde vom 5. Oktober 1978, Nr. 79 und 80, Plenarprotokoll S. 8646)?

82. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Anregung von Ministerpräsident Späth aufgreifen, „statt teurer Renovierungen durch die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die später hohe Mieten zur Folge hätten, Altbauwohnungen nicht renoviert dem Mieter zum Kauf anzubieten. Dieser könne dann selbst Verbesserung und Renovierung an seinem Eigentum vorzunehmen, möglicherweise in Selbsthilfe" (Stuttgarter Zeitung vom 29. September 1978)?

83. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die vom Land Nordrhein-Westfalen festgelegte Bindung der Förderung energiesparender Maßnahmen an die Mietobergrenzen des sozialen Wohnungsbaus mit den Vorschriften und insbesondere den Zielsetzungen des Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetzes vereinbar, bestehen auch in den anderen Bundesländern vergleichbare Regelungen, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um sich aus solchen Bestimmungen gegebenenfalls ergebende Investitionshemmnisse zu beseitigen?

84. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Verpflichtung des Vermieters, den Mietern von Sozialwohnungen im Zusammenhang mit der Einsichtgewährung in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen auch Auskunft über die Vergütung eines Hauswarts zu geben (Ziffer 13 der Anlage 3 zu § 27 Abs. 1 II Berechnungsordnung) mit den Vorschriften des Datenschutzgesetzes vereinbar, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zutreffendenfalls, insoweit Verletzungen des Datenschutzgesetzes zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

85. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel tatsächliche bzw. von den DDR-Behörden behauptete Verkehrsverstöße von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin-West) es auf den Transitstrecken bzw. auf anderen Straßen der DDR in den letzten Jahren gegeben hat, und wie bewertet und verwertet die Bundesregierung die ihr von den Behörden der DDR zur Kenntnis gebrachten Vorgänge?

86. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen von Behörden der DDR sogenannte Verkehrsverstöße von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Berlin-West) behauptet werden, die nichts anderes als eine Schikane mit dem Ziel darstellen, möglichst hohe Einnahmen in der Währung der Bundesrepublik Deutschland zu erzielen?

87. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen veranlaßt, um die Öffentlichkeit anläßlich des 25. Jahrestags der paramilitärischen Betriebskampfgruppen über die zunehmende Militarisierung der mitteldeutschen Gesellschaft zu informieren?

88. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Filmdienstes der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Gesamtdeutsches Institut) den Landesfilmdiensten mehr Material zu dem schwerwiegenden Problem dieser Militarisierung der Gesellschaft in der „DDR" zur Verfügung zu stellen, und warum ist dies bisher nicht geschehen?

89. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den ständig wachsenden Geist und Buchstaben der Vereinbarung von Helsinki verletzenden Beschränkungen und Schikanen der DDR-Behörden gegenüber den in der DDR tätigen Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland entgegenzutreten, um so eine objetive Berichterstattung zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

90. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Hat sich nach Ansicht der Bundesregierung durch die internationale Sicherheitsforschung zu Schnellbrutreaktoren der Kenntnisstand über gravierende Rekritikalitätsunfälle dieses Reaktortyps verbessert, oder ist mit der Fachkonferenz im Argonne National Laboratory (vgl. Nuclear Safety Vol. 18 No 1, Januar bis Februar 1977, S. 45 ff.) nach wie vor davon auszugehen, daß „nicht zur Zufriedenheit eines ausreichend großen Anteils der entsprechenden Fachwelt demonstriert werden können", daß ein für die Bevölkerung gravierendes Rekritikalitätsereignis in einem Schnellen Brüter unmöglich ist?

91. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in den Verträgen zwischen der französischen Wiederaufarbeitungsfirma Cogema in La Hague und den einzelnen Kernkraftwerksbetreibern in Schweden, Japan und der Bundesrepublik Deutschland gleich hohe Wiederaufarbeitungskosten entsprechend einer Meistbegünstigungsklausel festgelegt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

92. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß die Chancengleichheit im allgemeinen Bildungswesen für die Kinder wenig begüterter Eltern und Kinder im ländlichen Raum mit größeren Entfernungen zu den weiterführenden Schulen im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes auch in Rheinland-Pfalz und anderen Flächenstaaten respektiert und hergestellt wird durch die Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit sowie der kostenlosen Schülerbeförderung?

93. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, bei fehlenden Ausbildungsplatzangeboten, insbesondere im ländlichen Raum, außerbetriebliche Vollzeitausbildungsstätten zu errichten?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß am Werbestand der SPD in Schwandorf am 30. September 1978 im Rahmen des bayerischen Landtagswahlkampfs Broschüren der Bundesregierung verteilt wurden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

2. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wann ist damit zu rechnen, daß die im Stellenplan der Auslandsvertretungen für die Personalreserve vorgesehenen Planstellen auch für die eigentliche Zweckbestimmung entsprechend dem Vorschlag der Kommission für die Reform des Auswärtigen Dienstes vom März 1971 voll genutzt werden?

3. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche politischen und humanitären Sofortmaßnahmen kann die Bundesregierung für den Libanon und seine Bevölkerung ergreifen, bzw. welche Wege ist sie bereit zu gehen, um weiter auf die Einberufung des Sicherheitsrats zu drängen?

4. Abgeordnete **Frau Dr. Wisniewski** (CDU/CSU)

Welche Grundsätze bestehen im Verantwortungsbereich der Bundesregierung für die Gewährung von Beihilfen für Wissenschaftler, insbesondere für Hochschullehrer im Ausland, und wie verhalten sich diese Regelungen zu den Grundsätzen für die Berechnung der Aufwandsentschädigung der entsandten Bediensteten der diplomatischen und konsularischen Vertretungen des Bundes im Ausland?

5. Abgeordneter **Frau Dr. Wiesniewski** (CDU/CSU)

Wie ist die steuerliche Behandlung der deutschen Wissenschaftler im Ausland geregelt?

6. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, nach dem Abschluß der zweiten deutsch-sowjetischen Schiffahrtsverhandlungen, bei denen die UdSSR nicht zu einer deutlichen Selbstbeschränkung ihres Anteils am Linienverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Drittländern bereit war, nun eine Meldepflicht bzw. Genehmigungspflicht für sowjetische Schiffe einzuführen, um ein weiteres, für deutsche Reedereien ruinöses Vordringen sowjetischer Frachter in der westlichen Linienfahrt zu verhindern?

7. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist der an der deutschen Botschaft in Warschau als Chefdolmetscher wirkende Oberstudienrat Dr. Slawik, den das Auswärtige Amt in einer Fragestunde als Theologen bezeichnete, noch heute katholischer Priester, und wenn ja, ist er mit Zustimmung seines deutschen Bischofs unter Beachtung der Konkordatsvorschriften in der Botschaft tätig?

8. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann das Auswärtige Amt bestätigen, daß die Angehörigen der deutschen Botschaft in Warschau – sowohl deutscher wie polnischer Staatsangehörigkeit – erheblichen Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind, eventuell sogar soweit, daß dadurch das Vertrauensverhältnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk gestört werden könnte?

9. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Über welche Kenntnisse verfügt die Bundesregierung wegen der Verfolgung der „Zeugen Jehovas" in Argentinien, und über welche Möglichkeiten verfügt sie, auch in diesem Fall auf die Wahrung von Menschenrechten in Argentinien hinzuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Kann die Bundesregierung den Inhalt von Presseberichten bestätigen, daß sich die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen bislang geweigert hat, Regierung und Parlament Einblick in Verträge zu geben, die sie zum Zweck der Entsorgung und Wiederaufbereitung von Brennelementen deutscher Kernreaktoren mit der französischen Firma Cogéma geschlossen hat?

11. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Mitgliedern des Deutschen Bundestages eine Überprüfung der Einhaltung der Genehmigungsbedingungen, die in der 2. Fortschreibung des Energieprogramms enthalten sind, im konkreten Fall zu ermöglichen?

12. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie in der FAZ vom 6. Oktober 1978 gemeldet – das Protokoll über den Abschluß der bisherigen Arbeiten in der Grenzkommission von Vertretern der Bundesregierung und der DDR-Regierung unterschrieben werden soll, und wenn ja, welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, diesen Vorgang auf Regierungsebene hochzuziehen?

13. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die DDR das geplante Abschlußprotokoll in Form einer besonderen Regierungsvereinbarung kleiden will, und wie stellt sich die Bundesregierung zu diesem Vorhaben?

14. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise wird die Ausklammerung nicht geregelter Grenzmarkierungen vorgenommen?

15. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, für die Gesamtversorgung der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes Konsequenzen daraus zu ziehen, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1979 bzw. 1. Januar 1980 eine Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung in zwei Stufen vorgesehen ist?

16. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, über evtl. Absichten hinsichtlich der Gesamtversorgung des öffentlichen Dienstes die betroffenen Personengruppen aufzuklären, da viele Betroffene befürchten müssen, ihre Ansprüche auf eine dynamische Gesamtversorgung zu verlieren, wenn sie von der Möglichkeit des vorgezogenen Ruhegelds nach den Bestimmungen des Rentenrechts Gebrauch machen?

17. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse einer Projektstudie von Wissenschaftlern des Fachbereichs Geographie der Philipps-Universität in Marburg unter Leitung von Dr. Karl-Heinz Müller, daß trotz des Benzinbleigesetzes, das die Bleizugabe je Liter Benzin von 0,4 Gramm auf 0,15 Gramm beschränkte, die Luftverschmutzung nicht abgenommen habe, und welche Folgerungen sollen gegebenenfalls nach Meinung der Bundesregierung aus diesem Sachverhalt gezogen werden (vgl. Artikel „Unverminderte Bleiverseuchung" in der Nr. 224 der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. Oktober 1978, S. 31)?

18. Abgeordneter Dr. Spöri (SPD)

Ist der von Anliegergemeinden gemeldete mehrfache Überflug des Kernkraftwerks Neckarwestheim bzw. seines unmittelbaren Umfelds durch Militärflugzeuge unter Sicherheitsaspekten vertretbar?

19. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Bis zu welcher Aufprallgeschwindigkeit sind die sicherheitstechnisch wichtigen Anlagen im Kernkraftwerk Neckarwestheim gegen den Aufprall eines Flugobjekts geschützt?

20. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung die mit dem 2. BesVNG vom 25. Mai 1975 geschaffene Höherbewertung der Leiter einer großen und bedeutenden Gruppe bei einer Oberfinanzdirektion, soweit sie Vertreter des Finanzpräsidenten sind (Abteilungsdirektoren), von Besoldungsgruppe A 16 nach Besoldungsgruppe B 2 durch Beantragung entsprechender Planstellen zu vollziehen?

21. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf der bevorstehenden Frankfurter Buchmesse Verlage anwesend sein werden, deren Produkte durch Verherrlichung des Nationalsozialismus gegen Artikel 139 des Grundgesetzes und die §§ 86 und 86a StGB verstoßen, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt im Hinblick auf das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland?

22. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Sieht die Bundesregierung innerhalb ihres Verantwortungsbereichs Möglichkeiten durchzusetzen, daß auf der Frankfurter Buchmesse Bücher, die in ihrem Inhalt den Nationalsozialismus und den Krieg verherrlichen, nicht mehr ausgestellt werden, und wird sie gegebenenfalls entsprechende Initiativen ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Tatbestand, daß die Oberfinanzdirektion Berlin Vordrucke für die Körperschaftsteuererklärung 1977 versendet, die auf ein nicht verabschiedetes Änderungsgesetz Bezug nehmen, dessen Einzelheiten den Betroffenen nicht bekanntgemacht werden, und daß auf dieser Basis Vergleichsrechnungen über die zweckmäßige Inanspruchnahme von Berlin-Vergünstigungen angestellt werden sollen?

24. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es aus sozialen Gründen für vertretbar, daß für bundeseigene Wohnungen, die im Rahmen der Wohnungsfürsorge der Bundeswehr Soldaten vermietet worden sind, nun auch noch für Gartenpflege, Hauswart usw. statt der bisherigen Pauschalen die exakten Kosten verrechnet werden mit der Folge, daß z. B. in der Betriebskostenabrechnung eines Bundesbediensteten in der Zeit vom 1. Juli 1977 bis 30. Juni 1978 durch die Bundeskasse Koblenz der Anteil der Betriebskosten „D" für eine 87 qm-Wohnung von bisher 130,40 DM auf sage und schreibe 775,69 DM gestiegen ist?

25. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die im Jahr 1974 eingeleitete Prüfung über die Weiterleitung der Nutzentschädigung beim Verkauf von Waren aus Automaten in Bundesbehörden an Einrichtungen der Belegschaft (Schreiben des Staatssekretärs Dr. Hiehle Z C 1 – H 1200 – Frbg – 9/74 vom 22. Mai 1974 an mich) inzwischen abgeschlossen, und ist die Bundesregierung bereit, mich von dem Ergebnis dieser Prüfung, wie seinerzeit angekündigt, zu unterrichten?

26. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat mir die Bundesregierung auf meine Anfrage Nr. 18 B der Drucksache 8/2117, in der nach den Steuerausfällen durch die Anhebung der Freibeträge des § 16 Abs. 4 EStG für das Jahr 1980 gefragt wurde, nur die Zahlen für das Jahr 1978 mitgeteilt, und ist die Bundesregierung nicht in der Lage oder nicht willens, die bereits erbetene Auskunft für das erfragte Jahr zu geben?

27. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, nach denen der US-Militärflugplatz Fulda-Sickels in den Michelsrombacher Wald (Höhe Hirschkuppe) verlegt werden soll, und ist der Bundesregierung bekannt, daß eine Verlegung an diese Stelle dieselbe erhebliche Belästigung der Bevölkerung mit sich bringen würde, die bei einer Verlegung in den Rudolphshaner-Burghauner Wald entstehen würde, wie es bisher erwogen wurde?

28. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung darauf verzichtet, trotz mehrfacher entsprechender Forderung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hünfeld Vertreter der Stadt Hünfeld (Landkreis Fulda) in die Kommission zu berufen, in der die Überlegungen bezüglich einer Verlegung des Flugplatzes Fulda-Sickels in den Bereich Hünfeld/Michelsrombach erörtert werden sollen, und ist die Bundesregierung bereit, in dieser für die Interessen der Stadt Hünfeld äußerst wichtigen Frage auch die Stadt Hünfeld zu beteiligen?

29. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlichen Kosten einer Anhebung des prämienbegünstigten Betrags für Ledige in § 3 Abs. 2 des Wohnungsbau-Prämiengesetzes (WoPG) von bisher 800 auf 1 200 DM bzw. einer Anhebung der Einkommengrenze für Ledige in § 2 a Abs. 1 WoPG von bisher 24 000 auf 36 000 DM?

30. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine Verlängerung der Verlustvortragsfrist von fünf Jahren nach § 10 d EStG vorzuschlagen, um zu vermeiden, daß in erheblichem Umfang Verluste der Jahre 1973 bis 1975 vom steuerlichen Abzug ausgeschlossen werden?

31. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Auf welcher Rechtsgrundlage beruht die Einkommensbesteuerung des Erlöses, den ein Nebenerwerbslandwirt durch den Verkauf von Baugelände erzielt, welches vor der Erschließung Bestandteil seines landwirtschaftlichen Betriebs war?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung, bevor sie Förderungsmaßnahmen zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen beschlossen hat, Untersuchungen für diese Unternehmensgrößen darüber vorgenommen, welche Förderungsmaßnahmen im Bereich der Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung von kleinen und mittleren Unternehmen vorrangig für notwendig gehalten werden?

33. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung, eine solche Analyse anzufertigen?

34. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung mit der Auffassung der Landesregierung Nordrhein-Westfalen (NW), wie sie in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Rau zum Ausdruck gekommen ist, überein, wonach kein Bedarf für die Errichtung eines Leichtwasserreaktors in NW besteht, weil in absehbarer Zeit keine Lücke in der Stromversorgung zu erwarten sei?

35. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die der Entscheidung gegen den Bau weiterer Leichtwasserreaktoren zugrundeliegenden Annahmen der Landesregierung NW über die Entwicklung der Kraftwerkskapazitäten und des Stromverbrauchs in NW und in der Bundesrepublik Deutschland, die u. a. besagen, daß im Jahr 1985 in der Bundesrepublik Deutschland nur eine Kernkraftleistung von 24000 MW zur Verfügung stehen wird?

36. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine Kernkraftleistung von 24 000 MW für ausreichend, um den Bedarf an Kernenergie für die Stromversorgung im Jahr 1985 zu decken?

37. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Inwieweit sieht die Bundesregierung durch die Haltung der Landesregierung NW das Erreichen des Ziels für den Ausbau der Kernenergie im Rahmen der 2. Fortschreibung des Energieprogramms als gefährdet an?

38. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Hält die Bundesregierung das in der Bundesrepublik Deutschland angewandte Regionaltarifsystem der Kfz-Haftpflichtversicherer, nach dem verschiedene Gruppen von Bewohnern einzelner Regionen Beiträge in höchst unterschiedlicher, keineswegs von dem Schadensanfall bestimmter, Höhe zu leisten haben, für angemessen und gerecht, oder teilt sie die Auffassung, daß hier die Grundsätze von Gleichbehandlung und Verhältnismäßigkeit verletzt werden?

39. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wird die Bundesregierung das ihrerseits mögliche unternehmen, damit die Differenzierung nach Regionen und Berufsgruppen im Tarifsystem der Kfz-Versicherung beseitigt wird und dem Versicherungsunternehmen eine Offenlegungspflicht hinsichtlich ihres Geschäftsgebahrens nicht nur gegenüber dem Bundesaufsichtsamt, sondern auch gegenüber den Versicherten auferlegt wird?

40. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunft von VFW Fokker in Speyer im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherheit, insbesondere bezüglich der Neueinstellungen von Mitarbeitern in den Nordwerken und den gleichzeitigen Kündigungen in Speyer?

41. Abgeordneter **Dr. Blüm** (CDU/CSU)

Welche Unterstützung hat die Bundesregierung den Unternehmen zur Verfügung gestellt, und zu welchem Zweck, und sind in diesen Unterstützungen auch die Prämien für den Umzug von Mitarbeitern von Speyer in den Norden und die Kosten des Sozialplans enthalten?

42. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Automobilhersteller in der Bundesrepublik Deutschland, obwohl ihre Produkte serienweise mit gefährlichen Fehlern behaftet waren, diese nicht zurückgeholt haben, und wie wird in diesem Zusammenhang die laut Süddeutscher Zeitung vom 10. Oktober 1978 auf der ADAC-Juristentagung in Freiburg erhobene Forderung nach Einführung einer erzwingbaren Rückholverpflichtung von der Bundesregierung beurteilt?

43. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß „Konjunkturprobleme und Verteilungsprobleme so miteinander verwoben seien, daß kein wirtschaftspolitisches Assignment eine Separation der Aufgaben ermöglicht" und „daß die Grenzrate der Transformation zwischen beiden mit den in der Gesellschaft vorherrschenden Einstellungen zum relativen Gewicht der jeweiligen Grenzprobleme übereinstimmen" sollte (so der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf der letzten Tagung des Vereins für Sozialpolitik), und will die Bundesregierung künftig ihre Politik daran ausrichten?

44. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Überlegungen haben die Bundesregierung bewogen, einer wesentlichen Schlechterstellung der Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern durch die ab 1. Januar 1979 vorgesehene Umstufung dieser Bezirke in die Regionalklasse VI des Kraftfahrzeughaftpflichttarifs zuzustimmen, obwohl in diesem Raum fast keine gegenverkehrsfähigen Fernstraßen zur Verfügung stehen, die Straßen wegen der dortigen Truppenübungsplätze und häufiger

militärischer Übungen besonders stark von Militärfahrzeugen benutzt werden, von zahlreichen Bewohnern weite Entfernungen täglich und an Wochenenden im Pendlerverkehr zurückgelegt werden müssen (einschl. des Wochenendurlaubsverkehrs der Soldaten zahlreicher Standorte) und obwohl das Angebot des öffentlichen Verkehrs (einschließlich der Deutschen Bundesbahn, besonders nach Streckenstillegungen) erheblich geringer ist als anderswo?

45. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung – und wenn nicht, aus welchen Gründen –, daß die durch die in Frage 44 aufgeführten Gegebenheiten im wesentlichen von Seiten der Bundesregierung verursacht wurden und daß es ein Gebot der Gerechtigkeit ist, für die dadurch besonders benachteiligte Bevölkerung der Regierungsbezirke Oberpfalz und Niederbayern einen Ausgleich zu schaffen, anstatt sie durch die vorgesehene Umstufung im Tarif der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung noch zusätzlich zu benachteiligen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

46. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär Gallus beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den sogenannten bayerischen Weg der Agrarpolitik „teilweise als Sackgasse“ bezeichnete, und wenn ja, identifiziert sich die Bundesregierung mit dieser Äußerung, und plant die Bundesregierung nach wie vor, auf dem Weg der „Gesundschrumpfung“ die Probleme der Landwirtschaft in ungünstig strukturierten und von der Natur benachteiligten Gebieten lösen zu können?

47. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung auch in Zukunft – trotz der geringen Inanspruchnahme – an ihren „Förderungsprogrammen“ für landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe festhalten, oder erscheint ihr angesichts der von Nebenerwerbsbetrieben bevorzugt in Anspruch genommenen bayerischen Agrarkredits eine Änderung ihres Programms erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

48. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie viele Arbeitnehmer aus dem übrigen Bundesgebiet haben nach dem von der Bundesregierung im Benehmen mit dem Senat von Berlin erlassenen Richtlinien zur Förderung der Arbeitsaufnahme eine Beschäftigung im Land Berlin jeweils in den Jahren 1974, 1975, 1976 und 1977 aufgenommen?

49. Abgeordneter **Müller (Berlin)** (CDU/CSU)

Wie viele von den im übrigen Bundesgebiet geworbenen Arbeitnehmern, die in den Jahren 1974, 1975, 1976 und 1977 im Land Berlin eine Beschäftigung aufgenommen haben, sind über die Mindestdauer von einem Jahr hinaus weiter in Berlin beschäftigt, bzw. wie viele von ihnen haben Berlin unmittelbar nach Ablauf der Mindestdauer von einem Jahr oder sogar noch früher verlassen?

50. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der in dem Dienstblatt-Runderlaß Nr. 230/78 vom 8. August 1978 der Bundesanstalt für Arbeit vorgesehene Zwang zur beruflichen Mobilität – insbesondere das „Überspringen einer Qualifikationsstufe“ – mit den im Ausschußbericht zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Haushaltsstrukturgesetzes (Drucksache 7/4243) erläuterten Prinzipien vereinbar ist, und ist die Bundesregierung auch der Auffassung, daß eine einfache Wege- oder Fahrzeit bis zu 1 1/2 Stunden zumutbar ist?

51. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, einen Arbeitslosen zu einem Umzug z. B. nur dann nicht zu verpflichten, wenn die Berufstätigkeit des Ehegatten oder die Ausbildung eines minderjährigen Kinds am neuen Beschäftigungsort des Arbeitslosen ausgeschlossen ist, oder teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß jene Arbeitssuchenden, die einen erwerbstätigen Ehepartner haben, auf das Arbeitsangebot ihrer Region angewiesen sind, weil es widersinnig wäre, daß der eine seinen Arbeitsplatz aufgibt, damit der andere einen erhält?

52. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Sind die zusätzlichen 1600 Stellen für Arbeitsvermittler und Berufsberater des letztjährigen Stellenplans nunmehr voll besetzt?

53. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wann werden auf Grund der bisherigen Erfahrungen die vom Bundesarbeitsministerium angekündigten weiteren 1600 Stellen voll besetzt sein?

54. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Trifft es zu, daß die als Fachanwärter für die Berufsberatung eingestellten Bewerber erst nach fünf Jahren voll ausgebildet sind (ein Jahr Ausbildung, vier Jahre Fortbildung mit geringer Stundenzahl), und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, diesen offenbar unbefriedigend langen Zeitraum zu verkürzen?

55. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Werden ausländische Jugendliche, die nach dem Stichtag 31. Dezember 1976 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, auch weiterhin von der Teilnahme an berufsorientierenden Sprachkursen, wie zum Beispiel den vom Sprachverband „Deutsch für ausländische Arbeitnehmer“ getragenen „Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung ausländischer Jugendlicher“, ausgeschlossen bleiben, und werden ausländische Jugendliche, die kurz vor Vollendung des 13. Lebensjahrs in die Bundesrepublik Deutschland nach dem 31. Dezember 1976 eingereist sind, nach Beendigung ihrer Hauptschulpflicht zum Zwecke einer möglichen Berufsausbildungsaufnahme oder zum Zweck einer Arbeitsaufnahme eine Arbeitserlaubnis erhalten können, oder müssen sie bis zur Erfüllung der für die Einräumung eines Rechtsanspruchs auf Erteilung der Arbeitserlaubnis erforderlichen Frist von fünf Jahren warten?

56. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stichtagsregelung (30. November 1974 für die Einreise der Ehepartner von hier tätigen ausländischen Arbeitnehmern und 31. Dezember 1976 für ausländische Jugendliche, die im Rahmen der Familienzusammenführung eingereist sind und somit dann keine Arbeitserlaubnis erhalten) nach Feststellungen von

Gerichten als eine generelle Regelung nicht die Bestimmungen eines Gesetzes, nämlich des Arbeitsförderungsgesetzes, außer Kraft setzen kann, und daß durch diese Regelung eine stetig wachsende Gruppe von Jugendlichen zu kriminellen Handlungen motiviert wird, und wenn ja, wird die Bundesregierung gleichwohl weiter an beiden Stichtagen festhalten?

57. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Angaben über Unfälle in Krankenhäusern, z. B. durch Umgang mit technischem Gerät usw. bekannt, und wenn ja, welche Zahlen sind ihr bekannt und verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob die technische Betriebsführung in Krankenhäusern mangels Fachpersonal oft unzureichend ist?

58. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß den in der Bundesrepublik Deutschland herangewachsenen-über 16 Jahre alten Kindern von bereits arbeitenden Gastarbeitern oftmals keine Arbeitserlaubnis erteilt wird, und wenn ja, welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen?

59. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Lohnpfändungen und Lohnabtretungen wegen der damit verbundenen Belastungen der Buchhaltung für viele Arbeitgeber die Veranlassung zur Kündigung geben, und sieht die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich – z. B. durch eine Initiative zur Änderung von Rechtsvorschriften – eine Möglichkeit, durch eine entsprechende Entlastung der Arbeitgeber zur Festigung solcher Arbeitsverhältnisse beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

60. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie ist der Sachstand beim geplanten Bau einer Außenstelle des Wehrbereichsbekleidungsamts in Herrieden-Neuenstetten, Landkreis Ansbach, und wann kann mit dem Baubeginn der Außenstelle voraussichtlich begonnen werden?

61. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK) des Kommunistischen Bundes, wie die Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ 8/78 berichtet, in der Bundesrepublik Deutschland Manöver durchführen, und was beabsichtigt gegebenenfalls die Bundesregierung hiergegen zu unternehmen?

62. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach das Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt, im Rahmen der Bildung eines zentralen Bundeswehrmuseums die in Meppen, dem Standort der Erprobungsstelle 91 der Bundeswehr, angelegte wehrtechnische Studiensammlung nach Koblenz zu verlagern, wie ist gegebenenfalls im einzelnen der jetzige Stand der Überlegungen, und wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

63. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach den geltenden Bestimmungen des Bundes-Seuchengesetzes (§ 32 Abs. 2 bzw. § 36 Abs. 2) vom 18. Juli 1961 die Umgebungsuntersuchungen bzw. die „erforderlichen Untersuchungen" von den Gesundheitsämtern in Art und Häufigkeit in sehr unterschiedlicher Weise durchgeführt werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

64. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es den sogenannten Kontaktpersonen nicht zugemutet werden kann, je nach Auffassung einzelner Gesundheitsämter zwischen zwei und acht röntgenologische Untersuchungen in zwei Jahren an sich vornehmen zu lassen und daher eine Änderung beim Vierten Gesetz zur Änedrung des Bundes-Seuchengesetzes (BR-Drucksache 402/78) notwendig ist, damit die „Duldungspflicht" nicht weiter abhängig von der regionalen Zuständigkeit der Gesundheitsämter ist?

65. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Kann die Bundesregierung die in der ZDF-Sendung vom 22. August 1978 (Die teure Armut) erfolgten Aussagen, „Sozialhilfeempfängern mit Kindern werde das Kindergeld vorenthalten bzw. mit dem Sozialhilfesatz verrechnet" bestätigen, und wenn ja, hält sie diese Praxis für sozial gerecht, oder wird sie gegebenenfalls entsprechende gesetzliche Änderungen vorschlagen?

66. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit und gegebenenfalls wann wird die Bundesregierung durch eine Novellierung der Jugendschutzgesetzgebung dem Umstand Rechnung tragen, daß die geltenden Bestimmungen (Besuch von Gaststätten, Diskotheken, von Dorffesten und Karnevalsveranstaltungen) auch und insbesondere im Blick auf das um drei Jahre vorgezogene Mündigkeitsalter zum Teil veraltet, wenig sinnvoll erscheinen und vor allem nicht durchgesetzt werden können?

67. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Äußerungen von Professor Ludwichowski von der Fachhochschule Niederrhein in Mönchengladbach bekannt, wonach der Verzehr von Getreidevollkornprodukten aus Reformhäusern wie Leinsamen, Sechskorn und Kraftkorn die Gesundheit der Menschen ernsthaft gefährdet, wenn der Verbraucher den auf den Packungen abgedruckten Herstellerempfehlungen folgt, wonach die Produkte über Nacht eingeweicht werden sollen, da durch das Einweichen ein Klima entstehe, welches das Wachstum von gesundheitsschädlichen Mikroben geradezu heraufbeschwöre, und hat die Bundesregierung über obigen Problembereich bereits Untersuchungen in die Wege geleitet, und welche weiteren Schritte gedenkt sie zu unternehmen, um erhebliche gesundheitliche Gefahren für die Zukunft vom Verbraucher abzuwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

68. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Sind die bisher vom Fernstraßenneubauamt in Mönchengladbach vorgenommenen Planungsaufnahmen für die „Osttangente Mönchengladbach" der A 44 in Übereinstimmung mit dem Landschaftsverband Rheinland, dem Ministerium für Mittelstand und Verkehr in Düsseldorf und dem Bundesministerium für Verkehr auch bezüglich der zeitlichen Reihenfolge der einzelnen Planungsschritte für die jeweiligen Teilbereiche zwischen dem „Holzer Knoten" und dem Kreuzungsbereich mit der Autobahn Venlo—Düsseldorf ausgeführt worden?

69. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist dem Bundesverkehrsminister bekannt, ob und in welchem Umfang vor dem Planfeststellungsverfahren interessierte Gruppen beim Landschaftsverband Rheinland, dem Landesministerium für Mittelstand und Verkehr in Düsseldorf und dem Bundesministerium für Verkehr politische Beziehungen ausgenutzt haben, die Planung durch die zuständige Behörde zu verzögern, und wie sind gegebenenfalls die zeitlichen Auswirkungen auf den Planungsvorgang bisher?

70. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Wird das Bundesverkehrsministerium bei der Planung der „Osttangente Mönchengladbach" auch die nachgeordneten Behörden vor dem Planfeststellungsverfahren anweisen, den mehrfach geäußerten Mehrheitswillen des Rats der Stadt Mönchengladbach, der von der CDU- und SPD-Ratsfraktion getragen wird, zu respektieren?

71. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Enthalten die Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland unter Einschluß eines diplomatischen Notenwechsels über die Einräumung von Flugrechten an ausländische Fluggesellschaften zum Anflug des Flughafens Düsseldorf auch Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland, Fluggerät mit umweltunfreundlicher Ausstattung oder sonstiges bestimmtes Fluggerät zu dulden, und enthalten die entsprechenden Festlegungen Vorbehalte hinsichtlich Flugzeugmuster und Betriebsgenehmigungen?

72. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wann ist mit Erlaß der seit Jahren in Vorbereitung befindlichen Fahrpersonalverordnung zu rechnen?

73. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Wird die Fahrpersonalverordnung für die Fahrzeuge des Güternahverkehrs eine Lenkzeitregelung bringen, die der auf Baustellen üblichen Arbeits- und Pausenregelung (Arbeitszeit 7 bis 12 Uhr, Mittagspause 12 bis 13 Uhr, Arbeitszeit 13 bis 17 Uhr) angepaßt ist?

74. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Maßnahmen gedenkt der Bundesverkehrsminister zu ergreifen, um den durch Konkurs der betroffenen Baufirma verzögerten Bau der B 75 in Blumenthal schnellstens voranzutreiben?

75. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung im Hinblick auf den Radfahrverkehr das Verkehrsaufkommen auf der B 26 zwischen Wolfskehlen und Griesheim, und teilt sie die Auffassung, daß der Bau eines Rad- und Fußwegs entlang dieser Straße aus Sicherheitsgründen geboten ist?

76. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zu prüfen, ob und wie die Gefahrenstelle Autobahnausfahrt Hochheim/B 40 durch entsprechende Maßnahmen beseitigt werden kann?

77. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung des Hofer Anzeigers vom 6. Oktober 1978 zu, wonach beabsichtigt ist, durch Einstellung des Rangierbetriebs bei der Deutschen Bundesbahn in Hof etwa 70 Arbeitsplätze einzusparen, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Deutsche Bundesbahn darauf hinzuweisen, daß bei Rationalisierungsmaßnahmen die Stadt Hof auf Grund ihrer bisherigen weit überdurchschnittlichen Arbeitsplatz- und Bevölkerungsverluste von weiteren Arbeitsplatzverringerungen der Deutschen Bundesbahn ausgenommen bleibt?

78. Abgeordnete **Frau Dr. Wisniewski** (CDU/CSU)

Welche Grundsätze verfolgt die Bundesregierung beim Bau von vierspurigen Bundesstraßen mit ausladenden Zu- und Abfahrtssystemen als Ortsdurchfahrten, und wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Planung der B 37 Z, die Teil einer geplanten Fernstraße zwischen dem Mannheimer und dem Mosbacher Raum ist, im Gebiet Schwetzingen, wo diese autobahnähnliche Straße durch ein dichtbesiedeltes Wohngebiet und in unmittelbarer Nähe eines großen Altersheims geführt werden soll?

79. Abgeordnete **Frau Dr. Wiesniewski** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die B 37 Z als zweispurige Straße zu bauen und zusätzlich zur weiteren Entlastung des innerstädtischen Verkehrs vom Mannheimer in den Speyrer und Waldorfer Raum eine Verbindung westlich der Stadt Schwetzingen zwischen der B 36 (mit Abzweigung nördlich von Schwetzingen in Höhe der Abfahrt zur geplanten B 37 Z) und der L 291 südlich von Oftersheim zu schaffen?

80. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Werden die Strecken der Deutschen Bundesbahn (DB) Köln–Euskirchen–Trier, Euskirchen–Bad Münstereifel, Bonn–Euskirchen–Düren und Kall–Hellenthal nach 1980 in die Planungen für eine Einführung des Regionalteilzugsystems in die entsprechenden Jahresfahrpläne einbezogen?

81. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Bahnhöfe auf den genannten DB-Strecken sollen dann ab 1981 stillgelegt werden?

82. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Besagt die Antwort der Bundesregierung vom 4. Oktober 1978 auf meine Anfrage vom 4./5. Oktober 1978 (Drucksache 8/2147 Nr. 83 bis 86) zu Nr. 83, daß bei vorliegenden Genehmigungen für Lufthafenbetriebe nach §§ 6 bis 8 des Luftverkehrsgesetzes und bei rechtskräftig abgeschlossenen Planfeststellungsverfahren nach §§ 8 bis 11 des Luftverkehrsgesetzes auch bei wesentlicher Änderung der den jeweiligen Genehmigungen zugrundeliegen-

den Betriebsverhältnisse (bzw. des Betriebsumfangs) Planergänzungsansprüche bzw. Ansprüche auf Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens grundsätzlich ausgeschlossen sind?

83. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Gilt die Antwort zu Frage 82 auch dann, wenn den zugrundeliegenden Genehmigungen Verfahrensmängel formeller oder substantieller Art anhaften?

84. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Besagt die zitierte Antwort zu Frage Nr. 84 (Drucksache 8/2147), daß – unter sinngemäßer Anwendung des vorstehend aufgeführten – auch bei völliger Änderung irgendwelchen Genehmigungen zugrundeliegender Betriebsbedingungen und -verhältnisse von Flughäfen die betroffene Bevölkerung unter Ausschluß des ihr im Planfeststellungsverfahren eingeräumten mitgestaltenden rechtlichen Gehörs jedwede Veränderung ohne Berücksichtigung ihrer schutzwürdigen Interessen einer von Lärmeinwirkung ungeschmälerten Gesundheit – sowie Nutzung ihres im Lärmeinwirkungsbereich liegenden Wohnareals – ohne rechtserheblichen Widerspruch dulden muß?

85. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Besagt die Antwort der Bundesregierung zu Frage Nr. 85 (Drucksache 8/2147), daß die vorstehend erwähnten Änderungen der Flughafenbetriebsbedingungen und -verhältnisse durch einen entsprechenden mit Auflagen verbundenen Planfeststellungsbeschluß zu genehmigen sind?

86. Abgeordnter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Warum werden die Fahrpreisermäßigungen der Deutschen Bundesbahn für kinderreiche Familien nicht für alle Busse der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost gewährt?

87. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine entsprechende Initiative zu ergreifen, um diese Fahrpreisermäßigung auf alle öffentlichen Verkehrsmittel auszudehnen?

88. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie von der Bezirksjugendleitung Nürnberg der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands erklärt wurde – im Bereich der Bundesbahndirektion Nürnberg zum Schulschluß 1979 (bis September 1979) keine Auszubildende mehr eingestellt werden sollen, und hält dies gegebenenfalls die Bundesregierung angesichts der Jugendarbeitslosigkeit für vertretbar, daß die Deutsche Bundesbahn nicht wie die freie Wirtschaft Ausbildungsplätze auch im Direktionsbereich Nürnberg zur Verfügung stellt?

89. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Wann kann mit dem Bau einer linksrheinischen Autobahnverbindung von Speyer nach Straßburg im Zuge der Weiterführung der BAB 61 gerechnet werden, und welche anderen Verkehrsverbindungen auf Straße und Schiene sind in Zusammenarbeit mit den französischen Behörden grenzüberschreitend zwischen der Pfalz und dem Elsaß geplant?

90. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß jährlich ungefähr 20 000 Kinder mit dem Schulbus verunglücken und ca. 300 Kinder dadurch sterben, und wenn ja, welche Gegenmaßnahmen hat die Bundesregierung in der Vergangenheit getroffen, und welche Maßnahmen gedenkt sie in Zukunft zu ergreifen?

91. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wird der Ausbau der Ortsumgehung von Teisendorf im Zuge der B 304 von den zuständigen Behörden als vordringlich angesehen, und welche konkreten Projektierungs- und Zeitpläne liegen gegebenenfalls bis jetzt vor?

92. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Vorwürfe bekannt, die die Zeitschrift „Weltbild" kürzlich unter der Überschrift „Im Schulbus reist der Tod mit" wegen der vielfältigen Mängel bei Schulbussen erhoben hat, und hält die Bundesregierung die bestehenden Auflagen für den Transport von Schulkindern für ausreichend?

93. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Was beabsichtigt die Bundesregierung zur Verbesserung der Sicherheitsvorschriften für Schulbusse zu unternehmen?

94. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Warum verwendet die Deutsche Bundesbahn keine schallgedämpften Gleisbaumaschinen bei Arbeiten (auch nachts) in Wohngebieten (z. B. bei der V 9 in Marl, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Lärmbelästigung der betroffenen Bevölkerung, insbesondere nachts, in solchen Fällen zu mindern?

95. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Überprüfungen hat der Bundespostminister nach meiner Anfrage und der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 23. August 1978 inzwischen durchgeführt, um die mißbräuchliche Verwendung von Minispionen im Inland, die in der Abflughalle B des Frankfurter Flughafens noch immer verkauft werden, zu verhindern, und werden in diesem Zusammenhang vom Verkäufer nach Vorlage eines amtlichen Passes/Ausweises die genauen Daten der Käufer festgehalten?

96. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Wieviel Poststellen I und II sind in welchen Ortschaften bzw. Ortsteilen des Kreises Minden–Lübbecke vorhanden?

97. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

In welchen Ortschaften bzw. Ortsteilen sollen Poststellen umgestellt oder aufgehoben werden, und welche Gründe sind dafür maßgebend?

98. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Glaubt die Bundesregierung, daß mit fahrbaren Schaltern der Deutschen Bundespost vorhandene Leistungsangebote, wie z. B. wetterunabhängige Schalterräume, Rentenauszahlungen, Paketannahme von kleineren Betrieben oder Ausgabe von benachrichtigten Sendungen (Berufstätige) – gerade im flächengroßen Kreis Minden–Lübbecke –, gleichwertige Bedingungen für die Kunden der Deutschen Bundespost in Stadt und Land aufrecht erhalten werden können?

99. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (SPD)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost Vorbereitungen unternimmt, in Zukunft die Postschalter als Annahmestellen für Lotto und Toto zu nutzen?

100. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Ist es zutreffend, daß für die Neuausgabe der Amtlichen Fernsprechbücher jährlich 320 000 Bäume gefällt werden müssen?

101. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Sieht die Deutsche Bundespost Möglichkeiten, durch Ausgabe von Ergänzungs- bzw. Berichtigungsbogen einen mehrjährigen Turnus bei der Neuauflage der Telefonbücher einzuführen?
102. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Ist die Deutsche Bundespost bereit, für die Herstellung neuer Telefonbücher grundsätzlich Altpapier zu verwenden und bei der Ausgabe neuer Telefonbücher die alten zurückzufordern?
103. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß nach dem jetzt vorliegenden verkehrswissenschaftlichen Gutachten nunmehr ein Nahverkehrsnetz mit leistungsfähigen Schienenverkehrsmitteln für den Raum Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg errichtet werden sollte, und kann sie Auskunft darüber geben, warum sie der Forderung der Stadt Braunschweig bisher nicht nachgekommen ist, zur Beschleunigung des Nahverkehrs zwischen Braunschweig und Wolfsburg eine Modernisierung des Streckenabschnitts unter Beseitigung der engen Radien vorzunehmen?
104. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Warum hat die Deutsche Bundesbahn das Konzept einer unmittelbaren Zugverbindung Braunschweig-Wolfsburg bis zum Volkswagenwerk bisher nicht realisiert?
105. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den weiteren Abbau von Bundesbahnstrecken im unmittelbaren Zonenrandgebiet zu beenden, um sowohl aus wirtschaftspolitischer als auch aus sicherheitspolitischer Verantwortung den Raum und die hier wohnende Bevölkerung keiner zusätzlichen Belastung auszusetzen, die die Abwanderung aus dem Zonenrandgebiet geradezu provoziert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

106. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Wieviel Wohnungsbauprogramme mit wieviel verschiedenen Darlehensarten bietet der Bund durch wieviel staatliche oder andere Stellen an?
107. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)	Wird die dabei zu Tage tretende Vielfalt dem Gebot der Übersichtlichkeit für den Bürger und der Forderung nach Reduzierung bürokratischer Verfahren gerecht?
108. Abgeordneter **Dr. van Aerssen** (CDU/CSU)	Wie will die Bundesregierung die zügige Umsetzung der Solartechnik und die Installation von Sonnenkollektoren sicherstellen, wenn immer wieder die ortsübliche Auslegung der Gestaltungsanforderungen im Zuge baurechtlicher Genehmigungsverfahren durch die zuständigen Bauämter zur Ablehnung von Bauanträgen und zur Resignation vieler Bauwilliger führt?
109. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, den Einbau von Roläden in die Begünstigung energiesparender Maßnahmen einzubeziehen, weil die wärmedämmende Wirkung von Rolläden an Hand neuer Methoden (bzw. sogenannte Thermographie) nachgewiesen erscheint?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

110. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Verfügt die Bundesregierung über Angaben zu Beteiligungen der Deutschen Wagnisfinanzierungsgesellschaft (WFG), und werden das von der WFG praktizierte Auswahlverfahren sowie die Beteiligungsquote als befriedigend angesehen im Vergleich zu den Quoten sonstiger Förderprogramme im marktnahen Bereich, und wie ist gewährleistet, daß durch die von der WFG beabsichtigten Ausweitung der Aktivitäten auch auf größere mittelständische Unternehmen für die besonders risikobehafteten kleineren Unternehmen keine Verschlechterung des Wagnisfinanzierungsangebots eintritt?

111. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit sonstiger Wagnisfinanzierer – auch im europäischen Umfeld –, und welche Informationen liegen über deren Beteiligungsquoten vor?

112. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Ist bekannt, daß zwischen der WFG sowie britischen und französischen Wagnisfinanzierungen die Bildung eines gemeinsamen europäischen Konsortiums diskutiert wird, das grenzüberschreitend tätig werden soll, und wie wird eine derartige Ausweitung der WFG-Aktivitäten beurteilt?

113. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Auf welche Fragen im einzelnen erstreckt sich die von Bundesforschungsminister Dr. Hauff bestätigte Prüfung der Frage eines Einwirkens der Bundesregierung auf die Düsseldorfer Landesregierung wegen der Erteilung der dritten Teilerrichtungsgenehmigung für den Schnellbrutreaktor in Kalkar?

114. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Welches sind die Ergebnisse dieser Überprüfungen durch das Bundesinnenministerium sowie das Kanzleramt und das Bundesforschungsministerium, und worin unterscheiden sich diese?

115. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang sich die deutsche Forschung an der Meerwasserentsalzung beteiligt, und wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Forschungszweig?

116. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird dieser Forschungszweig gegebenenfalls mit öffentlichen Mitteln des Bundes gefördert?

117. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Teststation für Meerwasserentsalzungsanlagen in Heikendorf an der Kieler Förde, die die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau GmbH (GKSS), Geesthacht, vorbereitet und betreibt?

118. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Rechnet die Bundesregierung mit Regreßforderungen der Partnerländer Belgien und Holland, falls der SNR 300 in Kalkar gemäß dem Vorschlag des Ministers Riemer als „Plutonium-Verbrennungs-Anlage", nicht aber als Schneller Brüter betrieben werden würde, und wie würden sich diese Regreßforderungen gegebenenfalls unterscheiden von den Regreßforderungen, die nach Auskunft des Bundesforschungsministers vor dem Ausschuß für Forschung und Technologie bei einem Abbruch des Projekts entstünden?

119. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Pressemeldungen, die sich vor allem auf eine Untersuchung der Seperative Work Unit Corporation, USA, stützen, wonach Ende der 80er Jahre eine Lücke in der Anreicherungskapazität für Uran drohe, und will sie der Empfehlung folgen, größere Vorräte an angereichertem Uran anzulegen?

120. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bislang aus der Empfehlung des IEA-Comittees on Energy Research and Development gezogen, bei der Energieforschung die Haltung gegenüber der Nutzung der Biomasse zu überdenken und gegebenenfalls die Technologien zur Kohleumwandlung zu adaptieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

121. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auch im Haushaltsjahr 1978, wie schon ein Jahr zuvor, im Rahmen der im Haushalt für das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) veranschlagten Mittel ein Haushaltsrest von 150 Millionen DM nicht dem vom Bundestag beschlossenen Zweck der Förderung von Schülern und Studenten zugutekommt?

122. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung die von ihr für das Jahr 1979 vorgeschlagene Kürzung des Etats nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz um 100 Millionen DM mit der Feststellung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Engholm, im Vorwort zur jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, in dem es u. a. heißt „Die angespannte wirtschaftliche Lage der Studenten gibt weiterhin Anlaß zur Sorge. Zwar haben Bund und Länder im Jahr 1977 die Bedarfs- und Freibetragssätze nach dem BAföG angehoben, es werden jedoch auch weiterhin erhebliche Anstrengungen aller Verantwortlichen erforderlich sein, um die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren.“?

123. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit hat die Landesregierung von Rheinland-Pfalz Zuschüsse des Bundes für die Errichtung des Berufsbildungszentrums Betzdorf-Kirchen beantragt, und in welcher Höhe sind gegebenenfalls Zuschüsse des Bundes bewilligt worden?

124. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Inwieweit konnte der Beschluß der Regierungschefs zur Sicherung der Ausbildungschancen der geburtenstarken Jahrgänge vom 4. November 1977 in den einzelnen Ländern im Hinblick auf die vereinbarte Einführung einer Überlastquote umgesetzt werden, und inwieweit stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des von allen Regierungschefs beschlossenen Programms vom 4. November 1977 auch ein wichtiges strukturelles Problem des föderativen Bildungssystems deutlich macht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

125. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurden 1977 und 1978 vom BMZ von anderen Bundesministern, der ZVA und anderen offiziellen Stellen des Bundes stellungslose deutsche Akademiker (Hoch- und Fachhochschulabsolventen) als Fachkräfte in Entwicklungsländer vermittelt?

126. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Überlegungen anzustellen, besonders jenen Ländern, mit denen sie im engeren Bündnis steht und die in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind, wie beispielsweise die Türkei, Schulden zu erlassen, nachdem sie sich bereit erklärt hat, die Schulden für 30 Entwicklungsländer in Höhe von mehr als 4 Milliarden Deutsche Mark zu streichen, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß darüber hinaus der Türkei in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft ein langfristiger Investitionsprogrammvorschlag zu günstigen Konditionen zur wirtschaftlichen Entwicklung unterbreitet werden sollte?

Bonn, den 13. Oktober 1978